



Antrag der Fraktion im Ortsbeirat 12

Fernwärme in Kalbach

Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern müssen laut Gesetzentwurf der Bundesregierung bis Mitte 2026 eine kommunale Wärmeplanung erstellen. Dazu gehört auch Frankfurt.

Damit dieses Vorhaben gelingen kann, sollte die Stadt Anregungen der Ortsbeiräte mitberücksichtigen, da diese sich mit den örtlichen Gegebenheiten bestens auskennen.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten bei der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung zu prüfen,

1. ob die vorhandene Fernwärme im Bereich des neu errichteten Baugebietes „Berghöfe“ durch den Bonifatiuspark in den Bereich des Bauabschnittes von „Heddernheim Nord“ mit den Straßen u. a. „Im Klausenstück“, „Crutzenkirchweg“, „Am Bonifatiusbrunnen“ etc. verlängert werden kann,
2. ob das auf dem Riedberg vorhandene Fernwärmenetz über die Straße „Am Bonifatiusbrunnen“ und
3. über die Straße „An der Bergstraße“, auf einfachen Weg – weil durch das Feld – nach Kalbach geführt werden kann und
4. ob die Wärme aus den beiden Rechenzentren im Gewerbegebiet „Am Martinszehnten“ sowie
5. aus der angeregten Biogasanlage im Gewerbegebiet „Am Martinszehnten“ ebenfalls in das Wärmenetz eingespeichert werden könnte ([OM 2660](#)).

Begründung:

Für die Bürgerinnen und Bürger in Kalbach-Riedberg ist Planungssicherheit wichtig. Sie sollten frühzeitig wissen über welche Optionen sie beim Austausch einer alten Heizungsanlage verfügen können.

Außerdem wird davon ausgegangen, dass nach einer energetischen Sanierung eines Wohngebäudes der Energiebedarf sinkt. Das heißt, dass das im Ortsteil bereits existierende Fernwärmenetz schon bei gleicher Einspeiseleistung zukünftig mehr Haushalte als heute versorgen kann.

Ein Anschluss weiterer Straßenzüge an das existierende Fernwärmenetz ist daher sinnvoll. Die Bekanntgabe der Ausbaupläne sollte rechtzeitig erfolgen.

Auch soll so vermieden werden, dass z.B. die Immobilieneigentümer*innen zuvor bereits eine Wärmepumpe installiert haben und die notwendige Anschlussdichte für einen wirtschaftlichen Ausbau und Betrieb des Fernwärmenetzes verloren geht.

Frankfurt am Main, 31.08.2023

Für die SPD-Fraktion

Susanne Kassold